



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Rheingrenze und Sanktionen. Wird es noch lange dauern, bis diese Betrachtungen zur Außenpolitik sich auch mit Bayern zu beschäftigen haben werden? Im Grunde muß dies schon jetzt geschehen. Denn der schwere Konflikt zwischen Bayern und dem Reich entspringt ja keineswegs nur nachbarlicher Raunzerei, Kompetenzstreitigkeiten der Behörden oder verschiedener Auffassung der Sozialpolitik, sondern in mindestens gleich starkem Maße — man denke nur ein wenig zurück — einer unterschiedlichen außenpolitischen Einstellung, insbesondere zur Erfüllung des Friedensvertrages. Es ist bekannt, daß man in Bayern nichts erfüllen will und die Franzosen, die über jede Erweiterung der Risse in der Einheit des Reiches frohlocken, werden durch eine bayerische Sonderpolitik, wie ein Teil von ihnen übrigens recht wohl weiß, vor die Aussicht gestellt, sowohl auf die deutsche Riesenentschädigung wie auf die weitere Verhinderung des österreichischen Anschlusses verzichten zu müssen. Und nun wird es sehr zweifelhaft, ob man in Frankreich einer der Verwirklichung immerhin noch lange nicht ganz naherückten Politik der Auflösung der Reichseinheit zuliebe, einer Politik übrigens, wie 1870 bewiesen hat, von auf die Länge zweifelhaftem Erfolge, auf die Ergebnisse der Annahme des Londoner Ultimatum verzichten möchte. So sehr man hier auch wohl gefühlsmäßig zu der Politik der Auflösung neigt, so wenig ist man in dieser Beziehung in seinen Entschlüssen noch frei. Das erweisen die Ausführungen, die der französische Abgeordnete Bokanowski unlängst vor dem Finanzausschuß der Kammer gemacht hat. „Um Entschlüsse auf lange Frist zu fassen,“ führte er aus, „muß man den Mut haben, einmal zu untersuchen, welche Anforderungen das Budget in sechs oder sieben Jahren stellen wird, wenn der Wiederaufbau des verwüsteten Gebietes durchgeführt ist. Es wäre verfehlt, diese Lage mit dem bestellten Optimismus ins Auge zu fassen, der seit dem Kriege im Finanzministerium üblich ist. Wir müssen uns auf eine Steuersumme gefaßt machen, die in den Jahren 1926/7 zwischen 30 bis 32 Milliarden Franken schwanken wird. Wir haben gegenwärtig eine äußere Schuld von 230 Milliarden Franken, 70 Milliarden haben wir noch für den Wiederaufbau der befreiten Gebiete durch Anleihen aufzunehmen, macht 300 Milliarden, verzinslich mit sechs Prozent einschließlich einer leichten Tilgungsrate. Für das Jahresbudget macht das 18 Milliarden. Für die Verwaltung brauchen wir, so lange wir unser drückendes Budget der nationalen Verteidigung behalten wollen, zehn Milliarden. Außerdem vier Milliarden für die Pensionen der Verstümmelten und Hinterbliebenen. Wenn Sie dazu die Tilgung unserer äußeren Schuld rechnen, kommen wir auf etwa 36 bis 37 Milliarden. Und auf der Einnahmeseite rechnen Sie, wenn Sie wollen, um nicht pessimistisch zu sein, die Zahlungen Deutschlands auf fünf Milliarden Papierfranken. Sie sehen, was uns an Steuern aufzubringen bleibt.“

Daß Deutschland, selbst seinen guten Willen vorausgesetzt, in stande sein wird, dies ungeheure Loch, das die französische immer zunehmende Steuermüdigkeit in Frankreichs Budget lassen wird, mit seinen Zahlungen auszufüllen, glauben in Frankreich von Monat zu Monat immer weniger Leute. Von dieser Erkenntnis aber führen zwei Wege. Der eine geht auf eine französisch-deutsche Zusammenarbeit und wird neuerdings auch in Industriekreisen erwogen. Der andere geht auf die Sicherung der „Pfänder“, das heißt der Rheingrenze. Der logische Schluß, der zu dieser letzten Forderung führt, ist am knappsten unlängst durch den früheren französischen Finanzminister Massal im „Matin“ ausgedrückt worden: „Der ganze Friedensvertrag“, so heißt es dort, „beruht auf der Annahme, daß die materiellen Interessen unserer Alliierten fast ein halbes Jahrhundert lang genau dieselben bleiben wie die französischen, wie das während des Krieges der Fall war. Dieser gebrechlichen Annahme zuliebe haben wir die Sicherheit unseres Landes, die Festsetzung unserer Grenze, die Kriegsentschädigung, die Garantien, unsere Vorzugsrechte und schließlich sogar die Finanzabmachungen mit

unseren Verbündeten geopfert.“ Gerade jetzt hat sich im „Temps“ eine lebhaftere Debatte darüber erhoben, ob Frankreich auch nach 15 Jahren Besatzungsdauer, die übrigens nach französischer, von deutscher Seite vom jetzigen Kabinett bisher unwidersprochen gebliebener Auffassung noch immer nicht zu laufen begonnen haben, berechtigt sein wird, mit oder ohne Zustimmung der Alliierten die Rheinlinie besetzt zu halten. Tardieu leitet aus dem § 429 seine schon oft ausgesprochene Auffassung her, daß Frankreich, da der Garantievertrag mit England und Amerika nicht zustande gekommen sei, automatisch das Recht habe, am Rhein zu bleiben, während Poincaré ihm den § 431 entgegenhält und dringend Klarheit über diesen Punkt durch sofortige Verhandlungen mit den Alliierten verlangt. Als Druckmittel wird man die Wiesbadener Verhandlungen benutzen, deren, im Sinne einer deutsch-französischen Annäherung möglicherweise allzu günstige Ergebnisse in England schon nach der ersten Zusammenkunft der Minister Rathenau und Loucheur beunruhigt haben, sowie die neuerdings durch Verwicklungen mit Irland, Ägypten und Indien wieder geschwächte Position Englands und dessen zurzeit mit dreieinhalb Millionen Arbeitsloser höchst schwierige wirtschaftliche Lage, während man auf englischer Seite den glücklich erhaschten Beuteanteil von der ersten deutschen Milliarde schwingt und den Franzosen durch den Mund des englischen Mitarbeiters von Millet's „Europe nouvelle“ sagen läßt: Wenn ihr auf weitere Milliarden, und vor allem auf die Hoffnung, eine ganze Generation lang und länger Deutschland tributpflichtig zu halten verzichtet und dafür eine gemäßigte Annäherungspolitik treibt, könnt ihr von dem Spazier in der Hand was abbekommen. Aber dazu gehört, daß ihr die Ruhrpolitik entschlossen aufgebt und den Weg nach Wiesbaden festigt. Nun ist natürlich nach den Erfahrungen, die man mit englischer Festigkeit während der Friedensverhandlungen und später gemacht hat, nicht bestimmt zu rechnen. Aber doch geht aus obigem Verhandlungsschema deutlich genug hervor, wie nötig sowohl England wie Frankreich Deutschland brauchen. Von der Ruhrpolitik kann schon lange nicht mehr die Rede sein. Es wäre aber wohl an der Zeit, einmal von der Rheinpolitik zu reden. In dieser Hinsicht scheint so gut wie nichts zu geschehen. Wahrscheinlich glauben die trefflichen Beamten, die für die Leitung unserer Außenpolitik verantwortlich sind, da ja die Räumung des Rheinlandes auf dem Papier verbürgt ist, schlimmsten Endes mit einem ebenso papiernen Protest ihrer Pflicht genügen zu können und sich im übrigen mit der Ungerechtigkeit von Welt und Menschheit abfinden zu müssen. Kein Wunder, daß die Rheinlandkommission der Alliierten zu schalten wagt wie im eigenen Lande und in immer neuen Ordonanzen, deren eine für deutsches Nationalgefühl immer unerträglicher ist als die andere, ein Regime errichtet hat, dessen Härten die Erfordernisse einer dem Wortlaut nach friedlichen Besetzung weit übersteigen und das, wenn die Deutschen es anwenden würden, der Presse des Vielverbandes täglich neue Gelegenheiten liefern würde (und diesmal brauchte sie nicht, wie während des Krieges so ungeheuer viel, dazu zu lügen!), die Welt mit ihrem Jammergeschrei zu erfüllen. Eine solche Politik ist — man muß es immer wieder sagen — mit den Wiesbadener Besprechungen unverträglich, es muß versucht werden, den Alliierten begreiflich zu machen, daß zwischen diesen beiden Punkten eine organische Verbindung besteht.

Daß dies der deutschen Regierung mit Erfolg gelingen wird, läßt der immer noch fortdauernde Streit um die Sanktionen freilich nicht erhoffen. Wie die Verhandlungen darüber im einzelnen gelaufen sind, ist auch nicht ganz zu übersehen. Vorläufig liegt eine Irreführung der Öffentlichkeit insofern vor, als offiziös behauptet wurde, eine Antwort auf die deutsche Note vom 26. August sei bisher überhaupt noch nicht eingegangen, während spätere Nachrichten erkennen ließen, daß in Paris mündlich über die Angelegenheit verhandelt wurde. Das Auswärtige Amt täte gut, sich derartige Wortklaubereien zu schenken. Sachlich aber liegt der Fall so, daß Frankreich durch das Kontrollamt die in der Note der Verhandlungen über die Verteilung der ersten deutschen Milliarde von ihm selbst beantragte Aufhebung der Wirtschaftssanktionen illusorisch zu

machen und dadurch die Rheinlande, wenn nicht politisch, so doch wenigstens wirtschaftlich, mit Frankreich zu verbinden sucht. Ist erst, so rechnet man und es läßt sich nachweisen, daß man so rechnet — dieses geschehen, so ruft man, bei irgend einem Links- oder Rechtspolitisch eine neutralistische Bewegung im Rheinland hervor, errichtet den Pufferstaat, dessen Neutralität zu schützen man gnädigst übernehmen wird. Auch hier müßten die Franzosen energischer als es bisher geschehen zu sein scheint darauf hingewiesen werden, daß alles, was sie auf der einen Seite gewinnen, ihnen auf der anderen verloren geht. Man kann von einem Lande keine hohen Reparationen verlangen und die Wirtschaftskraft desselben Landes durch zwangsweise Einführung unproduktiver Luxuswaren herabdrücken. Ent- oder Weder! So aber hat es den Anschein, als ob die hier und da und dort beteiligten deutschen Unterhändler die Gesamtlage entweder nie übersehen oder den Überblick verloren haben und den Franzosen gegenüber nicht mit der notwendigen Überlegenheit schlagender Argumente entgegenzutreten imstande sind.

Dies ist um so mehr zu befürchten als die Autorität des Reichsaußenministers nicht eben weit zu reichen scheint. Zunehmends hat man den Eindruck, daß alles Wesentliche der Außenpolitik in der Reichskanzlei gemacht wird. Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, wenn nicht der ganze Apparat dadurch in Unordnung geriete. Das aber scheint in hohem Maße der Fall zu sein. Oder deckt Herr Dr. Rosen Äußerungen wie die des Innenministers Gradnauer dem Korrespondenten des „Matin“ gegenüber? Man sollte meinen, wenn ein Mitglied des Kabinetts einem Vertreter eines wichtigen Blattes eine derartige Unterredung gewährt, zieht er seinen Kollegen vom Auswärtigen mindestens zu Rate und redet nicht im Stil eines Hotelportiers mühsam auswendig gelernte und längst abgestandene Sprüchlein daher. Für das geistige Niveau der deutschen Regierung macht dies Interview nicht gerade Reklame, vielleicht nimmt es der Außenminister, da ihm weder in der Oberschlesien-, noch in der Rhein-, noch in der Völkerbundesangelegenheit Erfolg beschieden war, zum Anlaß, zurückzutreten? Oder wird er, ein in Ehren ergrauter und keineswegs unfähiger Beamter, auch diese Initiative nicht aus eigener Kraft finden können?

Den Franzosen aber muß immer wieder gesagt werden: ihr müßt wissen, was ihr wollt. Wollt ihr Gewaltpolitik treiben, — das Ruhrgebiet ist noch immer da — so tut es. Offen oder versteckt, wie ihr's für richtig haltet. Aber dann wundert euch nicht, wenn Druck Gegendruck erzeugt. Gegen Gesetze der Mechanik kann keine Politik an. Wir haben nach allem, was vorhergegangen ist, keinerlei Anlaß, euch zu trauen, wir können nie wissen, wie wir die Männer, über deren Existenz und Popularität in Deutschland ihr euch beklagt und, in gänzlich bedauerlicher, einseitiger Verkennung der Situation, verwündet, Männer, die, so sicher sie auch die Innenpolitik belasten, welche Fehler außenpolitisch sie auch begangen haben mögen, doch, wenn's zum Schlimmsten, zum großen Sklavenaufstand (denn der steht bevor, nicht die Revanche, die eine Utopie ist) kommt, wenigstens zu handeln und zu sterben wissen, wir können nicht wissen, ob wir sie nicht noch einmal nötig brauchen. Glaubt nicht, daß ihr sie uns entreißen könnt. Glaubt nicht, daß ihr Freude an dieser Sklavenbeherrschung haben werdet. Alles, was euch die Arbeit der Frohnenden einbringt, werden eure Generale fressen und die Farbigen, die euch mangelnde Manneskraft ersetzen müssen und die, geht es so weiter, euch eines Tags über den Kopf wachsen werden, wie einst die germanischen Söldner den Römern. Wollt ihr aber diese Politik nicht, so einigt euch auf die andere. Benutzt die Zeit, die in Verzweiflung und Verarmung noch nicht aufs Höchste gestiegen sind (glaubt nicht den albernen Reiseberichten eurer Zeitungsschreiber, die an die Stätten der Not nicht kommen), da es noch einige Gutwillige und Überzeugte in Deutschland gibt, eine Politik des Friedens einzuleiten, die nicht alle Augenblicke durch kleine und große Vorkommnisse Lügen gestraft wird. Verzichtet auf die Rheingrenze, die ihr nicht braucht, da Deutschland entwaffnet ist, macht dem Streit übers Saargebiet ein Ende, laßt die polnische Zange fallen,

und ihr werdet erleichtert dastehen können wie der Krieger, der nach erschöpfender Schlacht heimkehrend, das Schwert an den Nagel zu hängen vermag, weil er wohl Nachbarn noch, aber keine Feinde mehr hat. Nur wißt, was ihr wollt, denn alles Zögern und Schwanken machen sich nur Rußland, England und Amerika zu nütze.

Menenius



Bücherschau

Geschichte II

Arthur Ransome, *The Crisis in Russia*. London. George Atlen & Unwin Ltd. 1920. 5 Schilling.

Der Verfasser hatte sich 1919 durch seine „Six Weeks in Russia“ einen Namen gemacht. In dem vorliegenden Buch zeichnet er, unter Benutzung seiner bekannten Berichte im „Manchester Guardian“ das Rußland von 1920.

William Adams Brown, jr., *The Groping Giant. Revolutionary Russia as seen by an American Democrat*. New Haven Yale University Press. 1920. Dollar 2.50.

H. N. Brailsford, *The Russian Workers Republic*. London. G. Allen & Unwin, 1921. 6 Schilling.

Das Werk des Amerikaners Brown beruht wie das des Engländer Brailsford auf eigenem Aufenthalt in Rußland. Brown hat die bolschewistische Revolution mit erlebt und schildert anschaulich Personen und Zustände. Brailsford hat seine Aufmerksamkeit dem weniger studierten Kleinstaat- und Dorfleben des roten Rußlands zugewandt. Beide Quellenwerke werden mit Recht hochgeschätzt.

Are Waerland, „Die Diktatur des Proletariats“. Verlag Friedrich Andreas Perthes, A.-G. 1921. Gotha. Preis 12.—.

Wohl die beste historisch-politische Schilderung der russischen Vorgänge unserer Zeit, die wir bis jetzt besitzen. Der schwedische Verfasser kennt das Rußland von früher und das Rußland von heute und schreibt einen wirkungsvollen Stil, den Fritz Arnhem ins Deutsche übertrug.

Dr. Heinrich Kanner, „Die neuesten Geschichts-

lügen“. Verlag Hugo Heller u. Cie. Wien und Leipzig. 1921.

Einer der widerlichsten Selbstbeschmutzer, der aus persönlicher Rachsucht Deutschlands Schuld am Kriege erneut beweisen will. Seine Schmähungen der deutschen Staatsmänner richten sich selbst. Der eigentliche Zweck der Schrift liegt wohl in dem Copyright für England und Frankreich. Bei uns wird man aber endlich einmal anfangen müssen, sich die „deutschen“ Namen solcher Vaterlandsfeinde zu merken.

Egelhaaf's Histor.-politische Jahresübersicht für 1920. Herausgegeben von Hermann Haug. Carl Krabbe Verlag Erich Gutschmann in Stuttgart. 320 S. Geheftet M. 20.—, gebunden M. 24.—.

Im Professor Hermann Haug haben die von Egelhaaf begründeten und bisher verfaßten politischen Jahreschroniken einen gewandten Fortsetzer gefunden. Wem der Schultheißsche Kalender zu umfangreich ist, findet hier namentlich für Deutschland das Nötigste beisammen.

Georg Seydner, *Die Wahrheit über Tirpitz und die deutsche Kriegspolitik*. Vorträge. Hammer Verlag, Leipzig 1920. Preis M. 3.25.

Die kleine Schrift ist alles in allem eine der besten Erläuterungen zum Tirpitzbuche. Wenn dieses allgemeinem Urteil zufolge immer deutlicher als ragender Stein aus der rasch verbrauchenden Flut der Kriegsmemoiren sich heraushebt, so versteht es Seydner, die staatsmännische Sprache des großen Admirals ins Volkstümliche zu über-